

Frostiges Klima in Oberösterreichs Sozialbereich

Seit vielen Monaten ist es deutlich zu spüren: Mit der neuen schwarz-blauen Landesregierung weht dem Sozialbereich ein scharfer Wind entgegen. Sozialstaatliche Leistungen werden in Frage gestellt, Sozialinstitutionen wird das Budget gekürzt und aktuell erschüttert die Diskussion um die Kürzung der Mindestsicherung für asylberechtigte Menschen das Land. Eine rasante Entwicklung für das einstige Musterland sozialstaatlicher Leistungen, die auch Menschen mit Beeinträchtigungen zunehmend spüren. **Mag. Norbert Kramer, VertretungsNetz - Sachwalterschaft**

Bereits im Vorjahr zeichnete sich durch die Sparpolitik des Landes ab, dass verschiedene Angebote für Menschen mit Beeinträchtigungen reduziert werden – vorübergehend, wie seitens des Landes angesichts der Protestaktionen im Frühjahr betont wurde. Beispielsweise wurden die wichtigen Urlaubsreisen für BewohnerInnen in Einrichtungen der Lebenshilfe oder der Pro Mente gestrichen oder durch Tagesausflüge ersetzt. Dieser Trend setzt sich 2016 fort, wie wir aus Aussendungen der Institutionen aus dem Behindertenbereich erfahren mussten: statt Urlaubsreise nur Tagesausflug. Die Urlaubsaktivitäten fehlen als wichtiges sozialedukatives Element mit Erweiterung der Kompetenzen und Erlebniswelten. Das Ersatzprogramm bedeutet oft einfach ein Fortführen der gewohnten Tagesstruktur und damit keine Veränderung im Jahreszyklus. Selbstfinanzierte Reisen hingegen sind nur einer sehr kleinen Gruppe möglich. In Oberösterreich sparen Menschen mit Beeinträchtigung im Regelfall das ganze Jahr auf diese Urlaubsreise: Die Einrichtungen sammeln aus der erhöhten Familienbeihilfe monatlich Teilbeträge (mittels Kostenbeitragsvereinbarung) ein, die dann für den Selbstbehalt bei Urlaubsreisen verwendet werden. Ohne Urlaubsreise müsste das Geld im Rahmen der Abrechnung zurückgezahlt werden, wobei darüber nicht immer die nötige Transparenz besteht. Fest steht derzeit nur, dass 2016 bisher vergeblich angespart wurde!

Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) steht aktuell im Zentrum der Restriktionsideen der oö Landesregierung gegenüber asylberechtigten Menschen, die im Land leben und Unterstützung für die notwendige Inte-

gration und Zukunftsplanung benötigen. Zukünftig sollen nur mehr rund 40 % des Mindeststandards, also ungefähr € 320,-- gewährt werden. Namhafte ExpertInnen bestätigen, dass dies verfassungswidrig sein dürfte und nicht mit dem EU-Recht in Einklang steht. Die rechtliche Klärung benötigt erfahrungsgemäß geraume Zeit und bis dahin wird der politische Zank zu Lasten der AntragstellerInnen ausgetragen. Menschenwürde bleibt hier jedenfalls auf der Strecke.

Unter den vielen Menschen, die vor Krieg und Verfolgung auf der Flucht sind und nach Österreich kamen oder durchreisten, sind laut Erhebung der Organisation „Licht für die Welt“ mindestens 15 % an Personen mit sichtbaren Behinderungen. Anders gesagt: Die angekündigte Kürzung der BMS für Asylberechtigte trifft auch viele Menschen mit Beeinträchtigungen. Die von Österreich ratifizierte UN-Behindertenrechtskonvention garantiert Gleichbehandlung und untersagt damit diese ungerechtfertigte Diskriminierung.



Das raue Klima der politischen Diskussion macht nicht vor dem Vollzug durch die Verwaltung halt. Wir stellen leider fest, dass beispielsweise die Bearbeitung eines BMS-Antrags in Vöcklabruck laut Aussage einer Mitarbeiterin der Behörde mindestens zwei Monate beansprucht. BMS wird nur bei sozialer Notlage gewährt, die Bezirkshauptmannschaft Vöcklabruck erkennt dies offensichtlich nicht an und missachtet gesetzliche Rahmenbedingungen. Soforthilfe, wie im Gesetz geregelt, wird nicht angeboten. Dieser Umgang mit AntragstellerInnen hat System, wie auf Grund von Erfahrungen vermutet werden kann. Jüngst wurde sogar der Sitzplatz bei der Antragstellung verweigert, der Erstantrag musste im Stehen neben einem leeren Stuhl besprochen werden. Kein Einzelfall!

Es ist dringend an der Zeit, dass diese Dynamik der Entwicklung gestoppt wird. Menschen in Notlagen brauchen Unterstützung, und dies sollte in Österreich nicht in Frage gestellt werden. Statt weiter Einsparungsideen zu verfolgen, sollte man sich wieder auf die Verbesserung menschenwürdigen Lebens für alle in einem der reichsten Länder der Erde konzentrieren.